

Druck auf Ministerpräsident Zaidan

Gewalt und Gesetzlosigkeit in Libyen

Auslandnachrichten Dossier: Arabische Welt in Aufruhr Heute, 06:00



Ein Gebäude des Aussenministeriums in Benghazi wurde durch einen Anschlag in der vergangenen Woche stark beschädigt. (Bild: Keystone / EPA)

Die Sicherheitslage in Libyen wird immer prekärer. Hinzu kommen Stromausfälle, mangelndes Trinkwasser und der Einbruch der Ölförderung. Die Rücktrittsforderungen an Ministerpräsident Zaidan häufen sich.

Astrid Frefel, Kairo

Der libysche Regierungschef Ali Zaidan hatte in jüngster Zeit nur einen einzigen Grund, sich zu freuen: Ein Aufruf zu einem Generalstreik ist kläglich gescheitert. Der Unmut in der Bevölkerung über immer neue Erschwernisse im Alltag hat sich bis jetzt noch nicht in grösseren Strassenprotesten entladen. Mehr als einige hundert Unzufriedene vermögen die Organisatoren jeweils nicht zu mobilisieren.

Milizen bilden Staat im Staat

Die neusten Ärgernisse sind stundenlange Stromausfälle und eine Unterbrechung der Wasserversorgung in Tripolis für zehn Tage. Während die Leitungen des «Man Made River» von lokalen Stämmen als Vergeltung für eine Entführung gekappt wurden, ist die gewohnte Stromknappheit nach dem Zusammenbruch der Ölförderung noch schlimmer geworden. Seit Wochen halten bewaffnete Gruppen die wichtigsten Ölinstallationen in ihrer Gewalt. Die Förderung ist auf weniger als einen Fünftel der üblichen Menge geschrumpft. Die Liste der Forderungen reicht von mehr Arbeitsplätzen über höhere Bezahlung bis zu einer Abtrennung der Einrichtungen im östlichen Landesteil und der Gründung einer eigenständigen Gesellschaft in Benghazi. Die Regierung hat die Löhne letzte Woche um 20 Prozent erhöht und versucht über Stammesführer Einfluss auf die Rädelsführer zu gewinnen, gegen die der Staatsanwalt nun Haftbefehle erlassen hat. Den Einsatz von militärischer Gewalt hat Zaidan zwar angedroht; erst sollen aber alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um ein Blutvergiessen zu vermeiden.

Die bewaffneten Gruppen hätten einen Staat im Staat errichtet, lautete kürzlich Zaidans alarmierendes Fazit. Es gibt kaum einen Bereich, in dem sie nicht ihre Macht ausüben. Im Sommer haben Milizen die Verabschiedung eines Gesetzes erzwungen. Letzte Woche drangen Bewaffnete ins Finanzministerium ein, angeblich um Beweise für Korruption und Verschwendung zu beschaffen.

Am schlimmsten ist die Gesetzlosigkeit in Benghazi. Dort explodierte am 11. September eine Bombe vor einem Gebäude des Aussenministeriums, genau ein Jahr nach dem Anschlag auf das amerikanische Konsulat, der vier Personen, unter ihnen auch dem amerikanischen Botschafter, das Leben kostete. In Tripolis konnte am selben Tag ein ähnlicher Anschlag vereitelt werden. Bis jetzt wurde niemand für die Bluttat in Benghazi zur Verantwortung gezogen und auch nicht für die über fünfzig politischen Morde – unter anderem an einem bekannten Menschenrechtsaktivisten, einem Richter sowie über vierzig hohen Polizei- und Militärangehörigen –, die Human Rights Watch gezählt hat; sie prangerte das Versagen der Regierung, eine funktionierende Justiz aufzubauen, an.

Rufe nach Krisenregierung

Den Rücktritt des Regierungschefs fordert am lautesten die Partei für Gerechtigkeit und Aufbau, der politische Arm der libyschen Muslimbrüder. Sie hat einen Misstrauensantrag im Parlament androht. Die Spannungen schwelen seit längerem. Der Innenminister ist nach nur einem Monat im Amt ebenso zurückgetreten wie der Minister für Elektrizität. Als Grund für ihre Rücktritte nannten die Politiker, die beide den Muslimbrüdern angehören, Einmischung in ihre Arbeit und Obstruktion.

Nachdem Zaidan vor wenigen Tagen die neue Führung in Kairo besucht hatte – in den Augen der Muslimbrüder Putschisten –, warfen sie ihm Verrat an der eigenen Revolution vor. Die Partei der Muslimbrüder ist die stärkste im Parlament. Es gibt aber auch liberale Stimmen ausserhalb der Kammer wie der Menschenrechtsaktivist Hassan al-Amin, die angesichts von Instabilität, Versorgungsempässen und politischen Morden die Bildung einer Krisenregierung verlangen, die nicht nach dem lähmenden politischen Proporz zusammengesetzt ist, um die drängendsten Probleme zu lösen.

Mehr zum Thema «Gewalt und Gesetzlosigkeit in Libyen»

GESPRÄCH MIT AHMED SHEBANI: «In Libyen gibt es ein Vakuum»